Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52

№ 58. Montag, 10. März 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der kommende Reichsbankpräsident.

Kaum hatte Reichsbankpräsident Dr. Schacht in der Oeffentlichkeit seine Absicht ausgesprochen, von seinem hohen Amte zurückzutreten, als auch schon die deutsche Reichsregierung durch eine wohlüberlegte und sorgsam formulierte Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer im Reichstag dazu Stellung nahm. Jetzt liegen auch die Urteile der gesamten deutschen und auch der internationalen Presse vor. Merkwürdig! Es findet sich auch nicht eine einzige Stimme, die Dr. Schacht in letzter Stunde bewegen möchte, seine Absicht aufzugeben und weiter an der Spitze des Reichsbankpräsidiums zu bleiben.

Alle Welt machte sich dagegen darüber Gedanken, wer wohl Nachfolger des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht werden könnte. Schon werden auch Namen genannt und durch die Presse gejagt, zum Teil aus recht durchsichtigen Gründen. Es ist das alte Spiel, wenn die Katze nicht an ihr Ziel kommen und Mäuse fangen soll, hängt man ihr eine Schelle an. Wir vermögen uns diese Methode nicht anzueignen, da für uns die Nachfolgerschaft Dr. Schachts eine überaus ernste nationale Angelegenheit von ungeheurer Tagweite ist. Deshalb gibt sie uns auch Veranlassung zu einigen grundsätzlichen Ueberlegungen.

Der zurückgetretene Reichsbankpräsident Dr. Schacht war ein Mann von hohem nationalen Empfinden und überragendem finanzpolitischem Wissen. Seine Kenntnisse auf den weiten Gebieten der Banktechnik und Finanzpolitik versetzten ihn in denkbar schwierigen Zeiten zum Segen unseres Volkes in die Lage, hervorragend an der Stabilisierung unserer Währung zu arbeiten und sich international in der ganzen Bank- und Börsenwelt einen erstklassigen Namen zu erwerben. Keine Frage, auch der Nachfolger Dr. Schachts muß ein hervorragender Bankfachmann und Finanzpolitiker sein.

Das genügt aber nicht! Für diese Auffassung lieferte gerade der zurückgetretene Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen klassischen Beweis. Es fehlte ihm, wie seinem hoch angesehenen Vorgänger in der alten Reichsbank, Herrn von Havenstein, eben das politische Fingerspitzengefühl, die staatspolitische Tradition, sagen wir prägnant die Schule, die sehr zum Vorteil ihrer Länder die Finanzpolitiker in anderen Staaten von der Pike an durchzumachen haben. Das alte System, das in der Aera 1871—1914 am Platze sein mochte, und zweifelsohne seine großen Vorteile hatte ist durch den Weltkrieg und die Nachkriegszeit gründlich revolutioniert worden. Der Reichsbankpräsident thront nicht mehr gleich einem überirdischen Wesen über den Wolken, denn seine Reichsbank ist ein lebendiges Glied in unserem Staatswesen und unserer Volkswirtschaft, von deren Funktionieren das Wohl und Wehe des Staates und Volkes ganz wesentlich abhängt.

Schon eine rein theoretische Ueberlegung kommt zu dem Ergebnis, daß alle Finanzpolitik nur ein Teil der hohen Staatspolitik ist und sein kann. Die Staatspolitik ist das Primäre. Sie muß grundsätzlich die Richtung angeben für die Finanzpolitik, die Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik des Landes. Deswegen muß logischerweise der neue Reichsbankpräsident an erster Stelle ein überragender Staatsmann sein. Er muß sich in den Grundfragen der Staatskunde auskennen, von den obersten Grundsätzen herunter bis in die oft entscheidenden Imponderabilien des täglichen Staatslebens hinein, er muß mit einer umfassenden Allgemeinbildung ausgestattet, die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches im Konzern der Großmächte der Gegenwart zutreffend kennen und richtig beurteilen, vor allem aber muß er als Staatspolitiker ein festes Ziel im Auge haben, auf das hin er, als Reichsbankpräsident, auf seinem hohen Posten mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und durch die internationalen Persönlichkeiten, mit denen er amtlich und beruflich zu verkehren hat, zusteuert.

Es sind, wie man sieht, keine geringen Anforderungen, die wir an den Nachfolger Dr. Schachts stellen und stellen müssen. Seine Wahl ist umso schwieriger, als uns bisher die finanzpolitische Schule fehlte, die man in Frankreich seit den Tagen Napoleons I. besitzt. Die Bank von Frankreich treibt grundsätzlich und tatsächlich seit der napoleonischen Aera nicht nur Finanzpolitik, sondern Staatspolitik im eminentesten Sinne des Wortes. Keinem Engländer ist es je in den Sinn gekommen, anzunehmen daß die Bank von England etwas anderes treibt als Weltpolitik. Nur bei uns herrschte Unklarheit über die Aufgaben der Reichsbank in der jüngsten deutschen Vergangenheit und Gegenwart. Wenn die politischen Fehlgriffe Dr. Schachts, die wir in den letzten Jahren beklagten und bedauerten, jetzt allgemein zu der Erkenntnis führten, daß die Reichsbank nicht nur finanzpolitische, sondern auch staatspolitische Aufgaben hat, dann werden selbst die politischen Irrtümer des zurückgetretenen Reichsbankpräsidenten zum Wohle des deutschen Volkes ausschlagen.

Keine deutsche Reichsregierung ist in der Lage, das auf uns lastende Joch des Versailler Friedensvertrages abzuschütteln, ohne aktive und führende Mitarbeit des neuen Reichsbankpräsidenten. Gerade deshalb ist es erforderlich, daß der Generalrat der Reichsbank, der die Wahl zu tätigen hat, sich seiner Pflicht bewußt wird, einen Mann von internationalem Format zu wählen, eine nicht nur kraftvolle, sondern auch abgeklärte Persönlichkeit, die imstande ist, mit dem General und Botschafter Dawes, mit Owen Young und Morgan als ebenbürtiger Partner zu verhandeln. Das ist die große Aufgabe, die jetzt der Generalrat der Deutschen Reichsbank, ohne von der Reichsregierung irgendwie beeinflußt zu sein, auf Grund eigener Verantwortlichkeit zu lösen hat. Er darf der Ueberzeugung leben, daß das ganze deutsche Volk mit größter Spannung und innerer Anteilnahme der Kür des neuen Reichsbankpräsidenten folgen wird. Glück auf!

Keine Einigung bei den Kanzlerbesprechungen.

Entscheidung bei der Young-Abstimmung am Mittwoch.

Berlin. Der Reichskanzler hat am gestrigen Sonntag nachmittag noch einmal mit den Fraktionsführern verhandelt. Die Besprechung dauerte nur eine halbe Stunde und endete mit der **Feststellung, daß eine Einigung nicht zu erzielen war.** Nicht nur von der Deutschen Volkspartei, sondern auch von den Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei wurden wieder sehr starke Vorbehalte gegen die Regierungsprojekte vorgebracht, ohne daß sich irgendwelche Aussichten auf die Möglichkeit einer Verständigung zeigten. **Unter diesen Umständen betrachtet der Reichskanzler seine Aktion als abgeschlossen.**

Im Anschluß an die interfraktionellen Verhandlungen fand eine **Ministerbesprechung** statt. Darin dürfte beraten worden sein, welche Taktik das Kabinett für die nächsten Tage einschlägt. **Der Kanzler hat die Absicht, nun auf die Entscheidung über den Youngplan zu dringen. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Abstimmung der zweiten Lesung auf Dienstag verschoben wird unter der Voraussetzung, daß die Schlußabstimmung unter allen Umständen am Mittwoch erfolgt.** Ueber dieses Programm sind sich die Parteien auch vollkommen einig, so daß eine weitere Verzögerung bis Donnerstag, von der gesprochen worden ist, nicht in Frage kommt.

Nach dem augenblicklichen Bild der Lage sieht das rein schematische Abstimmungsverhältnis folgendermaßen aus: **Für den Youngplan** stimmen: Sozialdemokraten mit 152 Mandaten, Deutsche Volkspartei mit 45 Mandaten. Das macht 197 Stimmen. **Enthaltungen:** Zentrum 61, Demokraten 25, Bayerische Volkspartei 17, ergibt 103 Stimmen. **Gegen den Youngplan:** Deutschnationale 66, Kommunisten 54, Wirtschaftspartei 23, Christlich-nationale 21, Splittermandate 14, Nationalsozialisten 14. Das macht zusammen 192 Nein-Sager. **Theoretisch würde der Youngplan also eine kleine Mehrheit finden.** Im Reichstag rechnet man damit, daß sich die Verhältnisse bis Mittwoch vielleicht sogar noch zugunsten einer Mehrheit verschieben.

In der Presse ist auch bereits die Rede davon gewesen, daß die Folge des negativen Ausgangs der Kanzlerverhandlungen die **Auflösung des Reichstages** sein könne. Es kann aber festgestellt werden, daß **davon bisher weder in den interfraktionellen Besprechungen noch in den Kabinettsberatungen die Rede gewesen ist.** In verantwortlichen Kreisen sieht man in einer Auflösung auch keinen Fortschritt zugunsten einer sachlichen Arbeit; denn **der neue Reichstag würde durch die Radikalisierung seiner Flügelgruppen an Arbeitsfähigkeit erheblich einbüßen.**

Die **Entscheidung** ist jetzt also für den **kommenden Mittwoch** zu erwarten. Es ist anzunehmen, daß der Kanzler vorher noch einmal im Reichstag sprechen wird. Dagegen ist nicht wahrscheinlich, daß er mit der Schlußabstimmung über die Younggesetze in irgendeiner Form eine **Vertrauensfrage** verbindet, die auf die Finanzfragen besonders Bezug nimmt. Ein solcher Entschluß würde nach der Auffassung parlamentarischer Kreise die Schwierigkeiten auch nur vermehren, da die Volkspartei sich dann gezwungen sähe, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Es ist übrigens möglich, daß über die Finanzfragen jetzt noch zwischen den Fraktionen unter der Hand weiter verhandelt wird. Im Reichstag verspricht sich jedoch auch hiervon niemand eine Annäherung. Die Frage, was nach der Schlußabstimmung über die Younggesetze werden wird, bleibt damit **weiter vollkommen offen.**

Eine amtliche Erklärung zu der Parteiführerbesprechung.

* Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: In **der unter** dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Besprechung der Führer der Regierungsparteien wurde festgestellt, daß **der Standpunkt der Parteien zum Finanzprogramm der Reichsregierung sich nicht geändert hat. Die Verhandlungen wurden daher für beendet erklärt.**

•

Neue Besprechungen im Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) Im **Reichstag versammelte** sich heute früh die **Zentrumsfraktion,** um die durch **das** gestrige Scheitern der **Parteiführerbesprechung** geschaffene kritische Lage zu beraten. Eine Sitzung des Fraktionsvorstandes war vorhergegangen. Mittags fanden auch Fraktionssitzungen der **Deutschen Volkspartei** und der **Demokraten** statt, während sich **Sozialdemokraten** und **Bayer. Volkspartei erst nach der Plenarsitzung** des Reichstages **versammeln.**

Um 11 Uhr traten im Reichstag die **Parteiführer** der Sozialdemokraten, der Demokraten, **des Zentrums und der** Bayer. Volkspartei, ohne die der **Deutschen Volkspartei,** also die **Vertreter etwa der sogen. Weimarer Koalition, zu** einer Besprechung zusammen. Das **Reichskabinett war für** 12 Uhr zu einer Sitzung einberufen.

•

Die Parteiführerbesprechung

der Weimarer Koalition im Reichstage dauerte eine Stunde. Man erörterte dabei, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hört, die Möglichkeit einer Verabschiedung von Youngplan, Etat und Deckungsvorlagen durch eine nur aus der Weimarer Koalition bestehende Mehrheit ohne die Deutsche Volkspartei. Die Bayrische Volkspartei machte ihre Zustimmung zu dieser neuen Koalitionsbildung von einem Entgegenkommen der anderen Parteien in der Biersteuerfrage abhängig. Die anderen Parteien waren nicht abgeneigt, diesem Wunsche zu entsprechen, doch die Deckung des dadurch entstehenden Einnahmeausfalls machte Schwierigkeiten. Ferner widersprachen die Sozialdemokraten der Absicht der übrigen Parteien, jetzt schon Steuersenkungen für das nächste Jahr festzulegen.

Zur Beseitigung dieser beiden Hauptschwierigkeiten sollen die Parteiführerbesprechungen wahrscheinlich noch heute nachmittag fortgesetzt werden.

Berlin. (Funkspruch.) **Die Zentrumsfraktion** des Reichstages hielt heute Montag vormittag eine Sitzung ab, in der der Fraktionsvorsitzende Dr. Brüning über die am Sonntag stattgefundenen Verhandlungen berichtete. Eine Aussprache fand nicht statt. Die Fraktion beschäftigte sich dann mit Agrarfragen.

4000 Tote in Südfrankreich.

d. Paris. Die Ueberschwemmungskatastrophe scheint am Sonnabend zum Stillstand gekommen zu sein. Die Wassermassen beginnen abzufließen, die Wasserspiegel beginnen allmählich zu sinken. Das sichtbarste Zeichen dafür ist die Tatsache, daß eine Gefahr für Bordeaux nicht mehr besteht. Die Garonne hat zwar die Kais überschwemmt, aber die Stadt selbst ist verschont geblieben. **Den Bewohnern bieten sich erschütternde Bilder.** Die Flut trägt die zerstörte Habe vieler unglücklicher Menschen ins Meer hinaus, Holzballen, Möbelstücke, halbe Dächer, ertrunkenes Vieh. Die Wasserpolizei sucht den Fluß nach Leichen ab, die angeschwemmt werden.

Ueber das Katastrophengebiet selbst sind noch immer widersprechende Nachrichten im Umlauf. Während sonst bei ähnlichen Fällen zunächst immer übertriebene Meldungen in die Welt geschickt werden, war diesmal genau das Gegenteil der Fall. Die Regierung versuchte, ihre mangelhafte Aktivität dadurch zu verschleiern, daß sie die Katastrophe zunächst als wenig bedeutungsvoll hinstellte. Man sprach erst von hundert, dann zögernd von dreihundert Toten. Heute geben aber schon die offiziellen Berichte 900 Tote zu. Nach privaten vorsichtigen Schätzungen ist die Zahl aber um ein Vielfaches höher. Es sind **mehrere Städte und Ortschaften vollkommen überschwemmt und zerstört** worden und die Zahl der Geretteten läßt sich jetzt annähernd übersehen. Dabei stellt es sich heraus, daß etwa 6000 Personen vermißt werden. Rechnet man damit, daß von diesen 6000 Personen noch 2000 aufgefunden werden, dann ergibt sich die **furchtbare Zahl von 4000 Todesopfern.** Daß sich in den überschwemmten Ortschaften noch lebende Menschen befinden, kann nicht mehr angenommen werden.

Das Katastrophengebiet ist noch immer nicht erreichbar. Von höher gelegenen Punkten am Ufer der riesigen Wasserflächen sieht man jetzt, wie die Trümmer der überschwemmten Dörfer und Städte allmählich aus den Fluten auftauchen.

Für die Opfer der Katastrophe wird eifrig gesammelt. Das Kabinett Tardieu hat aus eigenen Mitteln allein 50 000 Francs aufgebracht. Die Stadt Paris spendet eine Million. Die französischen Banken geben im allgemeinen Summen von 20 000 Francs. Auch aus dem Ausland kommen Sendungen. So 100 000 Francs vom Papst, 25 000 Francs von Mussolini.

Moldenhauers Rücktrittsabsichten.

qu. Berlin. Wie uns von einer, dem Reichsfinanzminister nahestehenden Persönlichkeit versichert wird, **trägt sich der Reichsfinanzminister mit dem Gedanken, sein Amt niederzulegen,** falls die Volkspartei weiterhin gegen ihn eingestellt ist und sich auch hinter die Entschließung der Spitzenverbände stellt. Allem Anscheine nach rechnet Moldenhauer mit einer Gesamtdemission der Regierung. Sollte diese noch vermieden werden, so dürfte er von sich aus die Konsequenzen ziehen, falls ihm von der eigenen Partei weiterhin die Gefolgschaft versagt wird.

SLUB Wir führen Wissen.